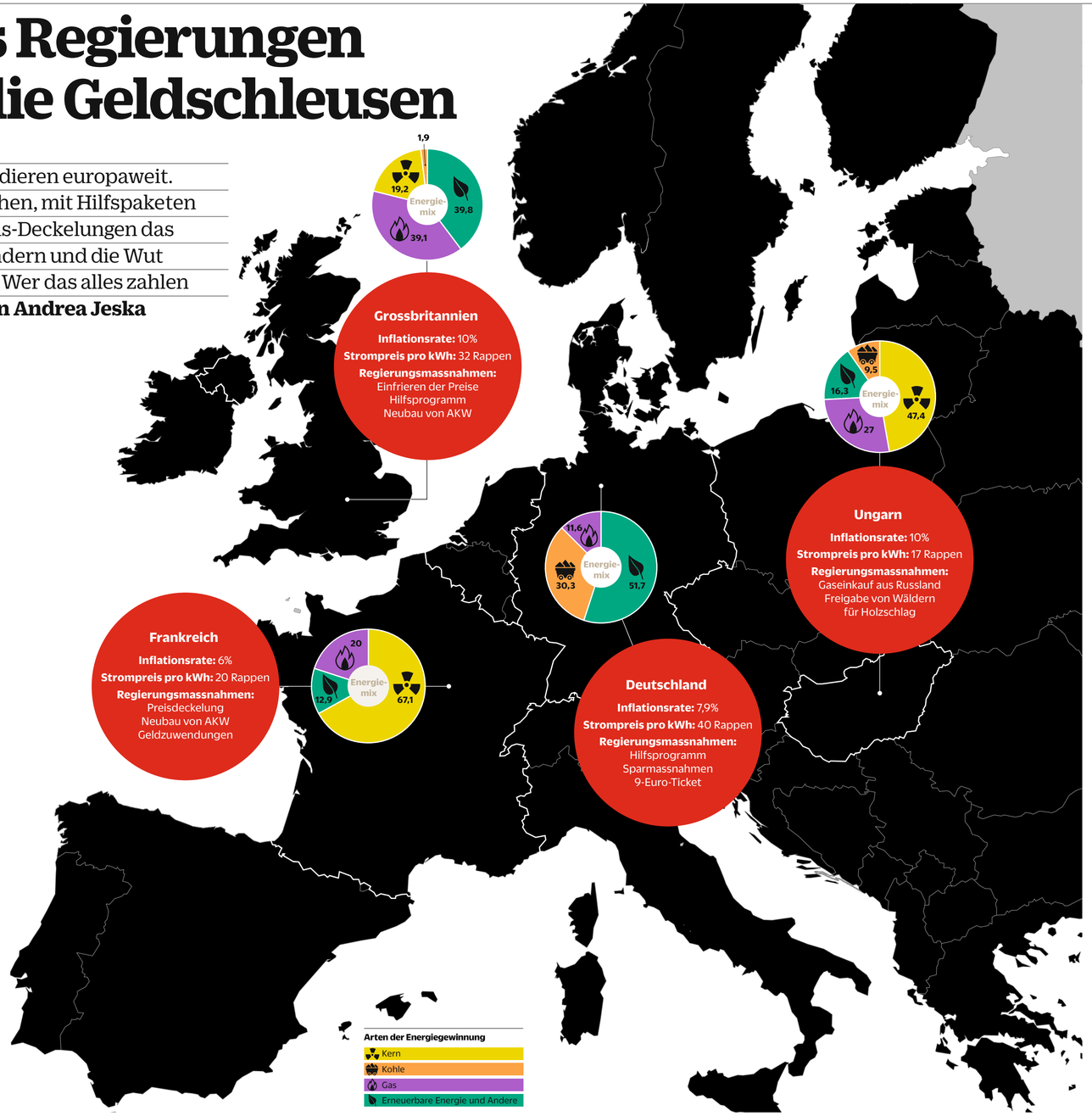
Europas Regierungen öffnen die Geldschleusen

Die Energiepreise explodieren europaweit. Die Regierungen versuchen, mit Hilfspaketen und Gas- und Strompreis-Deckelungen das grosse Frieren zu verhindern und die Wut der Bürger zu dämpfen. Wer das alles zahlen soll, ist indes unklar. **Von Andrea Jeska**



Sieben Monate nach dem Beginn von Russlands Krieg gegen die Ukraine haben die Folgen auch die Privathaushalte und ihre Geldbörsen erreicht. Der dramatische Anstieg der Strom- und Gaspreise schürt in den Komfort und Sicherheit gewöhnten Ländern Westeuropas den Zorn der Bürger. Das Gespenst eines Winters, in dem die Zimmer kalt, die Leitungen ohne Strom bleiben, geht um und lässt Politiker um Wählerstimmen bangen, den Ausbruch von sozialen Unruhen fürchten. Wird, wer friert, den Aufstand wagen? Wachsen sich Energieprobleme zu gesellschaftlicher Anarchie aus? Wird es einen «heissen Herbst» geben, welcher der Winterkälte vorangeht?

Europaweit schnüren Regierungen nun in aller Eile Hilfsprogramme, deckeln die Energiepreise, versprechen Subventionen und andere wirtschaftliche Erleichterungen, fordern die Bürger auf, zu sparen, zu erdulden, nicht zu jammern. Der russischen Kriegsgewalt wollen zwar die meisten Politiker noch immer die Stirn bieten, erklären ihre ungebrochene Solidarität mit der Ukraine, doch im selben Masse, in dem Inflationsrate und Energiepreise steigen, wächst der Unmut über die Sanktionen gegen Russland. Die Forderungen, diese zumindest für Energielieferungen wieder aufzuheben, werden lauter, je höher der Preis, der für diese Sanktionen zu zahlen ist.

Kalte Küchen in Grossbritannien

In Grossbritannien sind die Häuser jener, die zur sozial schwachen Schicht gehören, jetzt schon dunkel, die Herdplatten kalt, die Eisschränke abgestellt. Die Energiekrise hat das Land mit Wucht getroffen und macht die Armen noch erheblich ärmer. Die Strompreise haben sich verdoppelt, die Inflationsrate liegt bei 10 Prozent und könnte, so prognostiziert die Bank of England, bis Jahresende auf 13 Prozent steigen.

Kaum im Amt, musste die britische Premierministerin Liz Truss Lösungen präsentieren, welche staatlichen Entlastungen sie bieten kann, damit die Bürger ihre Gas- und Stromrechnungen bezahlen können. Grossbritanniens Abhängigkeit von grösstenteils importiertem Gas entpuppt sich nun als energiepolitischer Abgrund. Kein anderes Land in Europa hat in seinem Energiemix einen derart hohen Gasanteil: Er liegt bei fast 40 Prozent und ist damit doppelt so hoch wie der manch anderer EU-Länder.

Truss wird nun an der Energiekrise ihre politische Kompetenz beweisen müssen. Sie hat ein 150 Milliarden Pfund schweres Hilfsprogramm angekündigt, mit dem privaten Haushalten und Unternehmen in der Energiekrise geholfen werden soll. Ab 1. Oktober wird der Energiepreis, zu dem Versorger Gas und Elektrizität berechnen können, zwei Jahre lang auf 2500 Pfund im Jahr, umgerechnet 2800 Schweizer Franken, eingefroren. Berechnungsgrundlage ist ein Durchschnittshaushalt oder -unternehmen. Doch ob das reicht, die wirtschaftliche Talfahrt zu stoppen und die Menschen im Winter warm zu halten, steht in den Sternen. Denn selbst mit Unterstützung verdoppeln sich die Energiekosten der Briten, und schon vor dem Anstieg war die Armut im Land deutlich gewachsen.

Nun wird das Hilfspaket wohl durch höhere Verschuldung finanziert. Truss will ihr Land zudem bis 2040 von einem Importeur von Energie zu einem Netto-Exporteur machen. Das Verbot von Fracking wird aufgehoben, die Produktion von neuen Energien wie Solarenergie, Windenergie, Hydro-Energie und Elektrizität aus einem geplanten Tide-Werk in Swansea soll beschleunigt werden. Mit dem Bau von modularen Atomkraftwerken soll so schnell wie möglich begonnen werden.

Ein Deckel für die Franzosen

Alles bleibt – fast –, wie es ist, zumindest in Frankreich. Während andere Länder unter den Strompreisanstiegen ächzen, pfeifen die Franzosen noch immer fröhliche Lieder, dank Regierungsinterventionen, mit denen die Preise gedeckelt werden. Bis Ende 2020 wird Strom um höchstens vier Prozent teurer, Gaspreise sind auf dem Niveau vom Herbst 2020 eingefroren. Ab 2023 erhalten Geringverdiener dann Energieschecks, um die Kosten aufzufangen, doch auch für alle anderen Bewohner wird gesorgt: Durch staatliche Kontrolle sollen die Energiepreise auch langfristig lediglich um 10 bis 20 Prozent ansteigen.

Wirtschaftsminister Bruno Le Maire rechnete jüngst vor, welche Kosten der staatliche Eingriff den Bürgern und Bürgerinnen erspart. Ohne Deckelung müsste ein Durchschnittshaushalt im Monat 120 Euro mehr bezahlen. Denn die Megawattstunde Strom, die vor einem Jahr noch 85 Euro kostete, hat inzwischen einen Preis von 1000 Euro. Das liegt vor allem an Frankreichs Abhängigkeit von Atomstrom, der fast 70 Prozent des Energiemix ausmacht. In der Vergangenheit bedeutete das für die Franzosen, günstigen Strom und Einnahmen durch Stromexport. Doch mit der Energiekrise ist das Land vom Exporteur zum Nettoimporteur abgestiegen, denn die AKW sind in die Jahre gekommen. 32 der 56 Reaktoren sind vom Netz, weil sie gewartet werden müssen. Frankreich importiert nun teuren Strom aus Deutschland und anderen Ländern.

Die Schweiz

Der Mix der Schweiz besteht zu 76 Prozent aus erneuerbaren Energien und zu 20 Prozent aus Kernenergie. Der Strompreis beträgt zurzeit zirka 21 Rappen mit steigender Tendenz. Staatliche Massnahmen zur Deckelung gibt es in der Schweiz derzeit nicht.

Gas macht in Frankreich 20 Prozent des Energiemix aus. Grösster Gaslieferant ist inzwischen Norwegen, vor dem Ukraine-Krieg war es Russland. Der rechtspopulistische Rassemblement National, grösste Oppositionspartei, möchte deshalb die Sanktionen zumindest im Energiebereich aufheben. Angeblich aus Sorge um die Kaufkraft der Franzosen, doch das bekannteste Gesicht der Partei, Marine Le Pen, steht dem russischen Präsidenten Wladimir Putin nah.

Sicherheitshalber hat Präsident Emmanuel Macron seinen Landsleuten für den Herbst und Winter Sparsamkeit verordnet. Der Stromverbrauch soll um zehn Prozent verringert, unter anderem Wohnungen sollen nur noch auf 19 Grad geheizt werden. So könnten Stromrationierungen oder gar Abschaltungen verhindert werden. Durch die Deckelung der Energiepreise ist die Inflation in Frankreich mit knapp sechs Prozent eine der niedrigsten der Euro-Zone. Dennoch wollen die Gewerkschaften Ende September für höhere Löhne streiken, und der Linkspolitiker Jean-Luc Mélenchon ruft für Anfang Oktober zu einem «Marsch gegen das teure Leben» auf.

Revolte in Prag

«Das Beste für die Ukrainer und zwei Pullover für uns»: Mit solchen und ähnlich wütenden Sprüchen demonstrierten vor einer Woche bis zu 100 000 Menschen in Prag gegen Nato, Corona-Impfungen und Inflation, vor allem aber gegen Waffenlieferungen an Kiew und die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge. Dabei wehte neben tschechischen Flaggen auch die russische Trikolore auf dem Wenzelsplatz, dort wo 1989 Václav Havels «samtene Revolution» einst über die Kommunisten gesiegt hatte. Eben jene Kommunisten hatten nun unter dem Motto «Die tschechische Republik zuerst» zur Revolte aufgerufen. Angetrieben hatten sie die höchsten Gaspreise seit der Wende. Der Regierung des Liberalen Petr Fiala warfen sie vor, das eigene Volk zu vergessen. Redner forderten Direktverhandlungen mit Moskau über Gaslieferungen zu Vorzugspreisen, so wie in Ungarn. Die Regierung will die Strom- und Gasrechnungen nun mit 600 Franken pro Haushalt subventionieren.

Deutschland an Putins Gängelband

Kein anderes Land in Westeuropa hat sich so abhängig von russischen Energielieferungen gemacht wie Deutschland. Bis Kriegsbeginn sind 34 Prozent des Öls, 26 Prozent der Steinkohle und 55 Prozent des Erdgases aus Russland gekommen. Während der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck alles daransetzte, Öl und Kohle in anderen Ländern des Weltmarkts einzukaufen, blieb man beim Gas an Russlands Mutterbrust, der Nord-Stream-Pipeline, die Wladimir Putin nun nach Lust und Laune auf- oder zudreht. Das Pipeline-Gas zu ersetzen, ist schwierig, weil viele Industriezweige ihren Energiebedarf durch Gas decken, Deutschland es aber versäumte, Terminals für Flüssiggas zu bauen. Zudem werden über die Hälfte der Wohnungen mit Gas beheizt, weil das kostengünstiger und umweltfreundlicher ist als Öl. Selbst Strom wird zu über 12 Prozent mit Gas erzeugt.

Gross war und ist die Befürchtung der Bundesregierung, dass es zu Protesten und einbrechender Solidarität gegenüber der Ukraine kommt. Tankrabatt, ein Bus- und Bahnticket für 9 Euro pro Monat und Spartipps sollten über die Sommermonate Erleichterung schaffen. Ein drittes Entlastungspaket mit einmaligen Zuschüssen und Wirtschaftshilfen soll nun helfen, den Winter zu überstehen. Alles in allem gibt Berlin rund 94 Milliarden Euro für direkte Hilfen aus, darunter Einmalzahlungen für alle Beschäftigten, Rentner und Studenten, mehr Wohngeld, Sozialhilfe und Kindergeld. Der Wirtschaft greift der Staat unter anderem mit Kurzarbeitergeld, Kreditabsicherungen und Hilfsprogrammen für die energieintensive Industrie unter die Arme.

Habeck hat es geschafft, die leeren Gasspeicher durch Deals mit anderen Ländern als Russland aufzufüllen, auch im Winter werden die Deutschen also heizen, kochen und warm duschen können. Dennoch wird an den politischen Rändern – bei Linkspartei und AfD – ein Ende der Russlandsanktionen gefordert, vorgeblich in Erwartung sozialer Unruhen, Verarmung und gesellschaftlicher Spaltung.

Widerwillige Italiener

Bella Italia sieht in der Energiekrise eher alt als schön aus. Das Land hat die höchsten Strompreise innerhalb der EU: Die Megawattstunde ist von 40 Euro im Jahr 2020 auf 480 Euro angestiegen. Im laufenden Wahlkampf ist das Thema Energiekrise deshalb dominant und womöglich wahlentscheidend. Der noch amtierende Ministerpräsident Mario Draghi schnürt zurzeit das dritte Hilfspaket, das Haushalte und Unternehmen vor unbezahlbaren Energierechnungen schützen soll. Das «Decreto Aiuti III» verspricht Entlastungen in Höhe von 13 Milliarden Euro. Bereits seit September 2021, in der Corona-Krise, stellt die Regierung Hilfe zur Verfügung, bislang rund 50 Milliarden Euro. Dazu gehören Tankrabatte, Steuerermässigungen und -stundungen sowie Sozialboni für bedürftige Familien. Für viele kleine oder energieintensive Unternehmen kommen die Hilfen aber zu spät: Sie mussten ihre Produktion nach der Sommerpause wegen der gestiegenen Energiepreise pausieren. Auch sind die Hilfsanträge kompliziert, deren Bewilligung zeitintensiv.

Aus der Angst der Bevölkerung vor Verarmung und drohenden Insolvenzen von Unternehmen versuchen viele Politiker im Wahlkampf Profit zu schlagen. Putin-Bewunderer Matteo Salvini, Chef der rechten Lega-Partei, forderte kürzlich, die Sanktionen gegen Russland einer Prüfung zu unterziehen, sie würden den Italienern mehr schaden als den Russen. Laut einer Umfrage finden nur noch 43 Prozent der Bevölkerung, dass Sanktionen gegen Russland das richtige Mittel sind. 37 Prozent sind dagegen.

Italien ist von jeher russlandfreundlich. Die Verbindungen sind eng, auch bei den Energielieferungen: 2021 wurden rund 47 Prozent des italienischen Stroms aus Gas hergestellt, 40 Prozent kam aus Russland. Der Regierung ist es allerdings gelungen, diese Abhängigkeit schnell zu verringern. Im Juli waren nur noch 18 Prozent der italienischen Gaslieferungen aus Russland. Die hohen Preise lassen die Italiener dennoch schon jetzt schaudern und die Furcht vor einem kalten Winter ist gross.

Ob die finanziellen Hilfen reichen, die Zornesflammen zu löschen, wird der Winter zeigen, und auch, was kälteresistenter ist: Moral oder nationale Interessen. Mit jedem weiteren Minusgrad werden wohl jene, die nicht für die Ukraine frieren oder die Folgen von Putins Gewalt aus eigener Tasche zahlen wollen, der Moral immer weniger Vorrang einräumen. Die Gewinner dieses Dilemmas werden solche Politiker sein, die niemals eine Moral hatten. So wie es bereits jetzt in Ungarn zu beobachten ist, wo Präsident Viktor Orbàn einen eigenen Weg durch die Krise gefunden hat.

Alleingang der Ungarn

Niedrige Strompreise, Busenfreundschaft mit den Russen, Gas bis zum Abwinken. Wenn Europa friert, wird man es in Ungarn noch immer bullig warm haben. Denn durch die Pipeline TurkStream fliessen zurzeit 2,6 Milliarden Kubikmeter Gas pro Tag, mehr als Ungarn und Russland vereinbart haben. Bewohner wie die 52-jährige Eva aus Pecs sind deshalb zufrieden mit ihrer Regierung. «Die monatliche Gasrechnung für meine 40-Quadratmeter-Wohnung beträgt acht Franken.» Das ist selbst für Ungarn, wo das Durchschnittseinkommen höchstens 800 Franken beträgt, nicht viel. Dafür, dass sich für Bürger und Bürgerinnen weder Strom- noch Heizkosten durch den Ukraine-Krieg erhöht haben, sorgen zudem staatliche Subventionen: Die Ungarn zahlen für Strom und Gas nur einen Bruchteil des tatsächlichen Marktpreises.

> **Ob all die staatlichen Massnahmen wirklich reichen, steht in den Sternen.**

Der Kniefall vor Putin, um die Energiekrise klein zu halten, kommt nicht bei jedem an. Das EU-Land und Nato-Mitglied Ungarn trägt nur einen Teil der Sanktionen gegen Russland mit, gegen das Ölembargo und einen Preisdeckel für russisches Gas sperrt es sich. Das Gas kommt ohnehin im Überfluss. Dies liegt an Orbans Männerfreundschaft mit dem Diktator Putin, der zum Dank für Ungarns Treue den Gashahn weiter auf- statt zudrehte.

Am Freitag haben sich die EU-Wirtschaftsminister auf einen Entlastungsplan geeinigt. Unternehmen, die günstig Strom produzieren – etwa durch erneuerbare Energien – und diesen teuer verkaufen, sollen Gewinne abgeben; solche, die mit fossilen Energien handeln, einen Solidaritätsbeitrag leisten. Energieversorger werden mit Finanzhilfen unterstützt. Über eine Deckelung des Gaspreises gibt es noch keine Einigung, grösster Blockierer dieses Plans ist Ungarn.

Mitarbeit: Bettina Schulz, London; Christine Longin, Paris; Silke Mertins, Berlin; Wolfgang Rössler, Wien; Virginia Kirst, Rom; Paul Flückiger, Warschau.

ANZEIGE